Vorwort	zur 1. Auflage	V
	rverzeichnis	XI
		KVIII
Einführu	ing	1
1. Teil:	Die Grundzüge des bayerischen Polizei- und Sicherheitsrechts	3
§ 1	Der Begriff der Polizei	3
	I. Die Bedeutung des Polizeibegriffes	3
	II. Das Spiegelbild der Verfassungsgeschichte	3
	III. Die heutigen verschiedenen Polizeibegriffe	7
	IV. Die Doppelfunktion der Polizei	8
	Fall 1: Der Streit ums Bad	12
§ 2	Die verfassungsrechtlichen Grundlagen und die Behördenstruktur im	
_	Polizei- und Sicherheitsrecht	16
	I. Die Verteilung der Gesetzgebungs- und Verwaltungs-	
	kompetenzen	16
	1. Die Bundesgesetze zur Gefahrenabwehr	17
	2. Die bayerischen Gesetze zur Gefahrenabwehr	18
	II. Die Behördenstruktur bei der Gefahrenabwehr	19
	1. Die Polizeibehörden	19
	2. Die Sicherheitsbehörden	21
	Fall 2: Der Elefant beschädigt ein Auto	23
§ 3	Das gefahrenabwehrrechtliche Instrumentarium und der Rechtsschutz	
_	dagegen	24
	I. Das präventive Verbot mit Erlaubnisvorbehalt	24
	II. Die gefahrenabwehrrechtlichen Verfügungen und Realakte	25
	1. Die gefahrenabwehrrechtlichen Verfügungen	25
	2. Die gefahrenabwehrrechtlichen Realakte	32
	III. Die Gefahrenabwehrverordnungen	32
	IV. Rechtsschutz gegen gefahrenabwehrrechtliche Maßnahmen	38
	1. Rechtsschutz gegen polizeiliche Maßnahmen	38
	2. Rechtsschutz gegen sicherheitsbehördliche Maßnahmen	41
§ 4	Die polizeilichen Schutzgüter und die verschiedenen Gefahrbegriffe	44
_	I. Das Schutzgut "öffentliche Sicherheit"	44
	II. Der Begriff der "öffentlichen Ordnung"	45
	III. Die Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung	46
	1. Der Begriff der (einfachen) "Gefahr"	46
	2. Besondere Gefahrbegriffe	47
	3. Ungeschriebene Gefahrbegriffe und Fehlprognosen	50
	Fall 3: Die vermeintlichen Selbstmörder	52
§ 5	Der Pflichtige im Polizei- und Sicherheitsrecht	55
J D	I. Der Verhaltens- und der Zustandsstörer (Art. 7, 8 PAG,	
	9 L II I StVG)	56

		1.	Der Verhaltensstörer	56
		2.	Der Zustandsstörer	56
		3.	Kausalität als weitere Voraussetzung der Haftung	57
		4.	Die Situation bei unklarer Verantwortlichkeit	59
		5.	Rechtsfolgen für die Störer	60
	II.	Die	Verantwortlichkeit aufgrund von Rechtsnachfolge	61
		1.	Die Rechtsnachfolge in eine noch nicht konkretisierte	
			Pflicht	61
		2.	Die Rechtsnachfolge in eine bereits konkretisierte Pflicht	62
	III.		Polizeipflichtigkeit von Hoheitsträgern	63
	IV.		Auswahl zwischen mehreren Störern	64
	V.	Die	unmittelbare Ausführung anstelle des Verantwortlichen	65
		1.	Dogmatische Einordnung	65
		2.	Voraussetzungen	66
		3.	Rechtsfolge des Art. 9 PAG bzw. des Art. 7 III LStVG	67
	VI.	Die	Inanspruchnahme eines Nichtverantwortlichen	68
		1.	Voraussetzungen des Art. 10 PAG bzw. Art. 9 III LStVG	68
		2.	Rechtsfolgen der Inanspruchnahme Dritter	69
§ 6	Die		dardmaßnahmen	70
	I.	Die	verschiedenen Befugnisnormen	70
	II.	Die	einzelnen polizeilichen Standardmaßnahmen	71
		1.	Die Befragung und Auskunftspflicht, Art. 12 PAG	71
		2.	Die Identitätsfeststellung, Art. 13 PAG	72
		3.	Die erkennungsdienstlichen Maßnahmen, Art. 14 PAG	76
		4.	Die Vorladung, Art. 15 PAG	78
		5.	Der Platzverweis, das Kontaktverbot, die Aufenthalts- und	
			Meldeanordnung, Art. 16 PAG	79
	- 11	6.	Der Gewahrsam, Art. 17–20 PAG	82
	Fall		Der aggressive Bettler	86
		7.	Die Durchsuchung von Personen, Sachen und Wohnungen,	00
		0	Art. 21–24 PAG	90
		8.	Die Sicherstellung, Verwahrung, Verwertung, Vernichtung und Herausgabe, Art. 25–28 PAG	94
		9.	Vorschriften zu den Richtervorbehalten und dem gerichtli-	74
		٠.	chen Verfahren, Art. 94–99 PAG	97
	III.	Die	einzelnen sicherheitsrechtlichen Standardmaßnahmen	97
		1.	Bekämpfung verwilderter Tauben, Art. 16 LStVG	97
		2.	Halten von Hunden bzw. Schutz vor gefährlichen Hunden,	
			Art. 18 LStVG	98
		3.	Veranstaltung von Vergnügungen, Art. 19 LStVG	99
		4.	Menschenansammlungen, Art. 23 LStVG	101
		5.	Betreten und Befahren von Grundstücken sowie Baden,	
			Betreten und Befahren von Eisflächen, Art. 26 f. LStVG	101
		6.	Verzehr alkoholischer Getränke auf öffentlichen Flächen,	
			Art. 30 LStVG	102
		7.	Halten gefährlicher Tiere sowie Zucht und Ausbildung von	
			Kampfhunden, Art. 37, 37a LStVG	103

	§ 7	Die		105
		I.	Die polizeiliche Generalklausel (Art. 11 I, II, 11a PAG)	105
		II.	Die sicherheitsrechtliche Generalklausel (Art. 7 II LStVG)	107
	§ 8	Die	Vollstreckung im Polizei- und Sicherheitsrecht	108
		I.		109
				109
				109
			b) Das Zwangsgeld und die Ersatzzwangshaft,	/
				110
				110
				112
			•	116
			Der Sofortvollzug ohne Grundverfügung nach	110
				116
			5. Die Abgrenzung von Vollstreckung, Sofortvollzug und	110
				119
		II.		122
		11.		122
				123
		E-11		
		Fall	e e e e e e e e e e e e e e e e e e e	124
	§ 9			129
		I.	8	129
				129
			O	130
			3. Versammlung in geschlossenen Räumen und unter freiem	120
		TT		130
		II.	8 8	130
			8 8	131
			O	131
				133
			4. Das Verhältnis zwischen dem PAG und dem BayVersG	133
2. T	eil.	Die	Vertiefung und Wiederholung mittels Fälle	135
-• •				133
	Fall	1:	Das Entführungsdrama (Polizeibegriff, Ermächtigungs-	
	- 11	_	0 0 ,	135
	Fall	2:	Streit um gefährliche Tauben (Überprüfung einer Gefahren-	110
	T 11	_	0, 1	139
	Fall	3:	Behörde versus Behörde (Einstweiliger Rechtsschutz, formelle	146
	r 11		1 0	146
	Fall	4:	Das umkämpfte kommunale Drogenhilfezentrum (Einstweili-	
			ger Rechtsschutz, Aufenthaltsverbot, Gefahrbegriff, Maßnahmen	152
	Fall	<i>-</i> .		132
	гаш	3:	Die gebremste Spritzerin (Rechtsmittel im einstweiligen Rechtsschutz, Verhältnis des LStVG zum Gewerberecht, Verhält-	
				164
	Fall	6.	Das Kennzeichenlesegerät (Verfassungsbeschwerde gegen	104
	1 411	٠.	PAG-Norm, Gesetzgebungskompetenzen bei der Gefahrenab-	
				175
			,	5

Fall 7:	Die Identitätsfeststellung bei Lorenz W. (Fortsetzungsfeststellung bei Lorenz W. (Fortsetzung bei Lorenz W. (For	102
Fall 8:	lungsklage, Voraussetzungen der Identitätsfeststellung) Die ungeliebten Hütchenspieler (Verhältnis von Standardmaßnahmen und Generalklausel, Platzverweis, Grundsatz der	183
	Verhältnismäßigkeit)	193
Fall 9:	Die Erziehung eines Motorradfahrers (Abschleppmaßnahmen,	
	Konnexitätsgrundsatz, Kostenbescheid, Sicherstellung,	
	Verwahrung)	197
Fall 10:	Die erboste Universitätspräsidentin (Abgrenzung unmittelbare Ausführung – Vollstreckung, Überprüfung eines Kostenbeschei-	
	des)	209
Fall 11:	Abgeschleppt (Kostenbescheid für eine Vollstreckungsmaß-	
	nahme, Probleme der sofortigen Vollziehbarkeit)	217
Fall 12:	Das tolle Radarwarngerät ist weg! (Einstweiliger Rechtsschutz,	
	Rechtsbehelf gegen Sicherstellung und Vernichtung, öffentliche	
	Sicherheit, Konflikt mit dem Unionsrecht)	227
Fall 13:	Der transparente Polizeiapparat (Vorgehen gegen eine Kenn-	
	zeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten, Grundrechts-	
	fähigkeit von Beamten, Grundrecht auf informationelle Selbst-	233
Fall 14:	bestimmung, Popularklage) Ein Schreck in der Morgenstunde (Beschwerde gegen einen	233
Fall 14:	Gerichtsbeschluss, Vorgehen nach dem VereinsG)	239
Fall 15:	Das Versammlungsverbot gegen rechts (Versammlungsfreiheit,	237
rair 13.	kollidierendes Verfassungsrecht, öffentliche Ordnung)	245
Fall 16:	Tumulte bei der Ehrenpromotion (Fortsetzungsfeststellungs-	2 13
1411 101	klage, Anscheinsgefahr, Minusmaßnahmen, Grundrechte)	251
Fall 17:	Ab an die Leine (Anforderungen an die Gefahr, Wesenstest,	
	Kampfhunde, kommunale Zusammenarbeit, LStVG)	259
Fall 18:	Das Brückenverbot zum Jahreswechsel (Popularklage,	
	Bayerisches Verfassungsrecht, Rechtsverordnung, Grundsatz der	
	Verhältnismäßigkeit)	265
Fall 19:	Umfangreiche Alkoholprobleme (Allgemeinverfügung gegen	
	einzelne Personen, einstweiliger Rechtsschutz gegen bewehrte	
	Verordnungen, Normenkontrollantrag, Vollstreckung)	274
Anhang: Die	e Lösung der Wiederholungsfragen	285
Stichwortver	zeichnis	293